

Zürich, 17. Mai 2021

KR-Nr. 187/2021

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE** von Christoph Marty (SVP, Zürich)

betreffend Verbot der Verstümmelung der deutschen Sprache gemäss Genderideologie in Lehrmitteln der Zürcher Schulen

---

Das Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 wird wie folgt ergänzt:

Paragraph 1, Absatz 3 (neu)

Amtssprache ist deutsch und richtet sich nach den Bestimmungen des Rats für deutsche Rechtsschreibung.

Wie bekannt durchdringen die Modellehren der Genderdoktrin infolge politischen Supports und unkritischer Medienberichte immer breitere Gesellschaftskreise. Es muss sichergestellt werden, dass die Kinder und Jugendlichen in allen Alters- und Bildungsstufen vor diesen politisch motivierten Verunstaltungen der deutschen Sprache geschützt werden können.

Lehrmittel in deutscher Sprache sind gemäss den Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtsschreibung abzufassen (Grundlage der deutschen Rechtschreibung ist das amtliche Regelwerk, welches vom Rat für deutsche Rechtschreibung herausgegeben wird). Lehrmittel, welche mit genderideologischen Formulierungen kontaminiert sind, sind einzuziehen, der Entsorgung zuzuführen und durch korrekt formulierte Ausgaben zu ersetzen. Es muss zwingend durchgesetzt werden, dass die Verständlichkeit und Klarheit der Sprache für Kinder und Jugendliche bewahrt werden kann.

Christoph Marty

Begründung:

In Deutschland entscheidet der Rat für deutsche Rechtschreibung über die Weiterentwicklung der Regeln. Der Duden, welcher lange Zeit in diesen Fragen das Mass der Dinge war, hat seine Rolle als massgeblicher Hüter der deutschen Rechtschreibung bereits vor Jahrzehnten verloren.

Auch unser westliches Nachbarland ist in diesen Fragen schon weiter. Bereits im November 2017 hatte der damalige Premierminister Edouard Philippe die französischen Ministerien angewiesen, aus Verständlichkeitsgründen keine genderneutralen Konstruktionen zu verwenden. Auch die Académie Française als oberste Hüterin der französischen Sprache hat sich gegen die Gendersprache ausgesprochen. Der französische Bildungsminister hat die Verwendung geschlechtsneutraler Schriftsprache an Schulen per Erlass verboten.

Dem Kanton Zürich würde es gut anstehen, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen und unsere Kinder und Jugendlichen vor der Indoktrination einer kleinen, aber sehr lauten Gruppierung zu schützen.